

Tagesordnung III Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 16.12.2004

Vorlage Nr. 04-V-03-0002

Zentraler Verwaltungs- und Justizstandort Mainzer Straße

Beschluss Nr. 0637

1. Der Magistrat wird ermächtigt, einen Kooperationsvertrag mit dem Land Hessen mit den in der Begründung dieser Vorlage aufgeführten Kernpunkten vorzubereiten und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Den Grundstücksankäufen bzw. Ankaufsoptionen für einen von der LHW zu benennenden Dritten gemäß Anlage 2 dieser Sitzungsvorlage wird zugestimmt. Die Finanzierung erfolgt über den Grundstücksfonds.
3. Der Verlagerung der Ausbildungsstätte der Innung des Bauhandwerks Wiesbaden-Rheingau-Taunus und dem mit der Innung geschlossenen Aufhebungsvertrag zu den in der Begründung dieser Sitzungsvorlage genannten Bedingungen wird zugestimmt. Es werden 460.000 € auf der HHST 2.8800.987000 Verlagerung der Ausbildungsstätte außerplanmäßig genehmigt. Die Deckung erfolgt aus dem Grundstücksfonds.
4. Im Vergabeverfahren ist die städtebauliche und architektonische Qualität des PPP-Projektes sicherzustellen. Es ist geplant u. a. eine wettbewerbliche Bewertung der Planungsleistungen vorzunehmen. Auch ist beabsichtigt, in jeder Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr und des Ortsbeirates aktuell zu berichten.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Magistrat bestrebt ist, sobald als möglich darzustellen, wie das Grundstück des jetzigen Gerichtsstandortes an der Moritzstraße zukünftig genutzt werden wird.

(Magistrat 07.12.2004 BP 1080)

(Ziffer 5. ergänzt durch den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 08.12.2004 BP 0478)

1. Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für
Planung, Bau und Verkehr mit der Bitte
um Kenntnisnahme Wiesbaden, . 12.2004
im Auftrag
2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung Bohlmann

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden,
im Auftrag

.12.2004

1. Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat I/10, Dezernat IV, Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Jeske-Lipps